

Coiffeure und Kliniken bereiten sich vor

Rückkehr aus Corona-Lockdown Ab dem 27. April sollen die Corona-Massnahmen schrittweise gelockert werden. Coiffeursalons und Arztpraxen gehören zu den Ersten, die allmählich ihre Arbeit wieder aufnehmen dürfen.

Astrit Abazi

Nach rund einem Monat im Lockdown soll die Schweiz den Weg in die Normalität wieder zurückfinden. Wie der Bundesrat am Donnerstag mitteilte, werden ab dem 27. April schrittweise die Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus gelockert. Arztpraxen und Coiffeursalons gehören zu den Ersten, die den Normalbetrieb wieder aufnehmen dürfen. Sie sind aber unterschiedlich gut darauf vorbereitet.

Kliniken und Praxen mussten sich seit dem Ausbruch des Coronavirus stellenweise darauf einstellen, bei Bedarf Patientinnen und Patienten aufzunehmen, die sich angesteckt hatten. So hat sich auch die urologische Klinik Uroviva mit Sitz in Bülach bereit erklärt, in dieser schwierigen Zeit ihren Betrieb auf ein Covid-19-Spital umzustellen. Im Extremfall wären Patientinnen und Patienten aufgenommen worden, um so die übrigen Spitäler im Kanton zu unterstützen.

Ein Drittel der Patienten

Fünf der elf Urologiepraxen musste die Uroviva vorübergehend schliessen, da die neue Verordnung des Bundesrats teils ambulante urologische Untersuchungen und Eingriffe verbot. «Da die Uroviva ein Netzwerk von elf Praxen, einer Klinik und einer Permanence ist, konnten unsere dringlichen Patientinnen und Patienten in andere Praxen umgeleitet und dort behandelt werden», erklärt Mediensprecherin Simona Huber. «Weil wir aber aufgrund des Bundesratsentscheids ab Mitte März nur urologische Notfälle behandeln durften, waren wir nun während dieser Zeit noch zu etwa 30 Prozent ausgelastet.» Letzte Woche hatte man so lediglich noch 324 Patientinnen und Patienten behandeln dürfen, ansonsten seien es rund 970.



Die urologische Klinik Uroviva in Bülach plant, ab Anfang Mai in den Normalbetrieb zurückzukehren. Foto: Christian Merz

Die Patientenzahl sei zudem gesunken, weil einige befürchteten, sich in diesem Umfeld anzustecken. Dies, obwohl in den Uroviva-Praxen selber und auch in der Klinik bis heute keine Personen mit Covid-19-Erkrankung eingeliefert wurden. «Bei einigen war die Angst so gross, dass sie sich trotz Schmerzen erst in einer extremen Notfallsituation meldeten», sagt Huber. Mit der Lockerung dürfen ab dem 27. April wieder alle Patientinnen und Patienten wie gewohnt – aber weiterhin unter Einhaltung der Gesundheitsvorschriften – behandelt werden. «Wir planen, ab

Anfang Mai wieder in den Normalbetrieb zurückzukehren, und freuen uns, wieder für all unsere Patientinnen und Patienten da sein zu dürfen.»

Wer zahlt die Masken?

Für die Coiffeursalons, die nun am 27. April wieder öffnen dürfen, ist die Lockerung dagegen nur ein schwacher Trost. Die Coiffeure können ihrem Tagesgeschäft zwar wieder nachgehen, der Lockdown könnte aber für viele Salons langfristige Folgen nach sich ziehen. «Der Umsatz, der in diesen Wochen nicht gemacht wurde, kann nicht mehr

aufgeholt werden», erklärt André Hann, Geschäftsleiter der Coiffuresuisse Kanton Zürich. Viele Besitzerinnen und Besitzer hätten sich bei ihm beklagt, dass sie ihre Geschäfte nun schliessen müssen.

Wie viele andere Branchenverbände hat auch die Coiffuresuisse ein Konzept erarbeitet, nach welchem die Gesundheitsvorschriften in den Geschäften eingehalten werden könnten. Dazu gehören der Einsatz von Schutzmasken und Desinfektionsmittel für Hände und Inventar sowie grössere Abstände zwischen den Coiffeurstühlen. Die Masken-

pfligt würde auch für Kundinnen und Kunden gelten. Dennoch bleibt einiges unbeantwortet. So wisse man beispielsweise noch nicht, wie der Umgang mit älteren Personen geregelt sein wird. «Unser oberstes Ziel ist selbstverständlich der Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Kunden», sagt Hann. «Unsere Branche ist aber grundsätzlich auf Hygiene sensibilisiert.» Viel wichtiger sei die Frage, wo die nötigen Schutzmittel herkommen – und wer dafür zahlen wird. Für die bereits finanziell angeschlagenen Coiffeursalons wäre dies eine zusätzliche Belastung.

Die Kanti Bülach kann mehr Schüler aufnehmen

Schulen Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat sich mit den Mittelschulen befasst. Die Ausgangslage bildet das Bevölkerungswachstum, das gemäss einer Prognose des Statistischen Amtes bis 2040 satte 20 Prozent betragen wird. Dies wiederum hat zur Folge, dass in den Gymnasien mehr Schüler zu unterrichten sein werden. Für die Kantonsschule Zürcher Unterland ist die Auswirkung aber relativ gering – zumindest, was den Schulraum angeht. Allzu knapp wird es im Unterland aber wohl nicht. Der Regierungsrat kommt zum Schluss, dass die notwendigen, zwei bis drei Schulzimmer durch «organisatorische Massnahmen» bereitgestellt werden können. Gut ist das insofern, als eine Erweiterung der Kanti in Bülach nicht möglich ist.

Kritischer sieht es im Zürcher Oberland aus. Die Kantonsschule Uster ist bereits ausgelastet. Dort werden bis 2030 20 zusätzliche Zimmer benötigt, bei der Kantonsschule Zürcher Oberland in Wetzikon sind es sogar 25 Schulzimmer und eine Turnhalle. Auch die Kanti Zürich-Nord wird an Grenzen stossen. (red)

Nachrichten

Wissensspiele für Familien in Not

Bülach Die Winterhilfe Bezirk Bülach hat mit der Kulturlegi Zürich eine Spieleaktion ins Leben gerufen. Familien, die eine Kulturlegi haben, können über die Website der Winterhilfe Zürich Spiele bestellen. Diese werden nach Hause geschickt und helfen, die Corona-Zeit spielend zu überbrücken. (red)

Versammlungen vom Juni bereits abgesagt

Wallisellen Wie die Gemeinde mitteilt, finden wegen der Corona-Krise am 16. Juni die Gemeindeversammlungen der Schulgemeinde und der politischen Gemeinde nicht statt. (red)

Regensdorf überschiesst Budget

Jahresrechnung Die Gemeinde macht 13 Millionen vorwärts.

115,3 Millionen Franken. So bezifferten die Regensdorfer an der Dezembergemeindeversammlung 2018 ihren Gesamtaufwand für das Jahr 2019. Gebraucht hat die Gemeinde letztlich etwas mehr. In der Jahresrechnung, die der Gemeinderat nun zuhänden der Gemeindeversammlung verabschiedet hat, stehen 117,7 Millionen Franken auf der Aufwandsseite der Erfolgsrechnung.

Im Bereich Gesellschaft und Gesundheit seien insbesondere in der Pflegefinanzierung die Kosten rund 1,1 Millionen Franken höher ausgefallen, schreibt der Finanzvorsteher in der Medienmitteilung vom Donnerstag. Ebenso hätten im Alters- und Pflegeheim Furttal um 0,3 Millionen Franken höhere Ausgaben verzeichnet werden müssen. Und schliesslich weise auch der Bereich Soziales eine Steigerung der Nettoaufwendungen von rund 1,1 Millionen Franken aus. «Das ist einerseits auf die höheren Ergänzungsleistungen zu AHV und IV zurückzuführen, im

Wesentlichen im Segment der Senioren», heisst es im Bericht. «Andererseits musste in der Sozialabteilung, aufgrund personeller Vakanz, mit externem Personal gearbeitet werden.»

Vor Gericht geeinigt

Der Grund dafür, dass der Gemeinderat die Mitteilung dann aber trotzdem mit der Überschrift «Erfreuliches Jahresergebnis» versehen wollte, muss demnach auf der Ertragsseite zu finden sein. Tatsächlich hat man das veranschlagte Ergebnis deutlich überschossen – und zwar um rund 19,4 Millionen Franken. Statt des budgetierten Defizits von 6,4 Millionen resultiert nun ein Ertragsüberschuss von gut 13 Millionen Franken.

Die markante Abweichung sei primär auf zwei Faktoren zurückzuführen, erläutert der Finanzvorsteher in seinen Ausführungen. «Es hat sich ausbezahlt, dass der Gemeinderat in einem Verfahren den Rechtsweg beschritten hat und letztlich vor

Gericht eine einvernehmliche Lösung aushandeln konnte.» Gegenüber der Vorstellung des Grundeigentümers sei dadurch ein Mehrlös von etwa 9 Millionen Franken erzielt worden. «Im Weiteren wird der Finanzausgleich 2019 höher berechnet als in der Budgetphase ursprünglich angenommen.» Damit erklärten sich weitere 7,5 Millionen Franken der Abweichung.

Was die Investitionen im Verwaltungsvermögen angeht, so hat Regensdorf namentlich in den Bereichen Werke und Hochbau Projekte zurückgestellt. Das hat letztlich dazu geführt, dass von den im Budget veranschlagten 19,7 Millionen Franken an Nettoinvestitionen nur 9,4 Millionen Franken auch tatsächlich ausgelöst worden sind – das sind lediglich 47,8 Prozent. Die Abschreibungen im Verwaltungsvermögen für das Jahr 2019 belaufen sich auf 6,7 Millionen Franken.

Florian Schaar

Möglicher Parteiwechsel eines Zugpferds: Die Beobachter Stadt Bülach ziehen sich vorerst zurück

Bürgervereinigung Die Beobachter Stadt Bülach (BSB) ziehen sich aus dem lokalpolitischen Geschehen zurück. In einer am Donnerstag an alle Bülacher Haushalte verteilten Mitteilung heisst es: «Die BSB wird stillgelegt, die gewählten Gemeinderäte Andres Bühler und Claudio Heusser werden ihre Arbeit im Gemeindeparlament als gewählte Mitglieder bis zu den Neuwahlen weiterführen.»

Felix Egli, der zuletzt Präsident der Bürgervereinigung war, sagt: «Der Hauptgrund für unseren Entschluss ist, dass Andres Bühler mit dem Gedanken spielt, die BSB in Richtung der FDP zu verlassen.» Dort rechne er sich mehr Chancen aus, um Stadtrat zu werden. Er hat bereits zweimal als BSBler für den Stadtrat kandidiert, wurde aber bei beiden Malen nicht gewählt. «Bühler war eines unserer Zugpferde, weshalb sein Abgang ein herber Verlust für uns gewesen wäre», führt Egli aus.

Dazu kommen der frühe Tod des Mitbegründers Wilfried

Meier und der Wegzug von Gemeinderat Jörg Inhelder. Beide waren erfolgreiche Führungskräfte und hinterliessen dementsprechend grosse Lücken bei den Beobachter Stadt Bülach.

Andres Bühler war am Donnerstag für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Doch BSB-Präsident Egli sagt: «Es gab keinen Krach. Wir haben offen mit Andres Bühler diskutiert und die Möglichkeiten gemeinsam abgewogen.» Letztlich wolle die BSB ihm nicht im Weg stehen.

Diverse weitere Gründe

Der sich anbahnende Parteiwechsel von Gemeinderat Bühler ist jedoch nicht der alleinige Grund für die Stilllegung der BSB. In der Mitteilung vom Donnerstag heisst es weiter: «Sich für eine positive Entwicklung Bülachs politisch einzusetzen, wird zunehmend schwieriger.» Der Stadtrat tue sich schwer, das Sportprojekt voranzutreiben, der politische Meinungsbildungsprozess sei weitgehend zum Erliegen gekommen, weil Bülach

als einzige Gemeinde kein Mitteilungsblatt für alle Haushaltungen mehr unterhalte. «Mangelnde Transparenz aus dem Rathaus führt zu Knatsch mit dem Gemeinderat. Die Parteien müssen ihre führungsschwachen Stadträte decken, und man hat immer mehr den Eindruck, dass die Stadt von auswärtigen Beratern geführt wird.»

Noch nicht das Ende der BSB

Die BSB war für ihren sehr kritischen, teilweise auch provokativen Politstil bekannt. Deshalb genoss die Bürgervereinigung auch nicht bei allen Politikern gleich viele Sympathien. Doch Egli beschwert sich: «Wir haben immer auf den Ball gespielt und waren nie polemisch.» Es sei stets um die Sache gegangen und nicht um Personen. Ob es mit der BSB nun endgültig vorbei ist, kann Egli noch nicht sagen: «Hätten wir uns ganz aufgelöst, wäre es jetzt vorbei. Mit der Stilllegung halten wir uns für die Zukunft aber alle Möglichkeiten offen.» (fzw)